



PRESSEMITTEILUNG

Baugenehmigungen 2025: Regionale Entwicklungen erfordern gezielte Impulse

Berlin, 04.12.2025. Bundesweit stabilisieren sich die Baugenehmigungen aktuell auf niedrigem Niveau. Der Wohnungsbedarf bleibt jedoch deutlich höher als die Bautätigkeit. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein genauer Blick auf die Hauptstadtregion.

Von Januar bis September 2025 wurden in Brandenburg 6.057 Wohnungen genehmigt, rund elf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. In neuen Wohn- und Nichtwohngebäuden entstehen 5.277 Wohnungen, mit -4,1 Prozent ein leichter Rückgang. Berlin verzeichnet im gleichen Zeitraum 10.253 genehmigte Wohnungen, ein deutliches Plus von 34,5 Prozent. Davon entstehen 82 Prozent in neuen Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Auch die Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau entwickeln sich unterschiedlich. In Brandenburg wurden 3.938 Genehmigungen erteilt (-21 %), davon 479 für den Neubau gewerblicher Bauten (Vorjahreszeitraum: 553). In Ein- und Zweifamilienhäusern sind 2.317 Wohnungen geplant (+2,4 %), in Mehrfamilienhäusern 2.940 (-5,2 %). Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden kommen 780 weitere Wohnungen hinzu (Vorjahr: 1.313).

In Berlin wurden 1.922 Genehmigungen für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau gemeldet (+29 %), darunter 153 für den Neubau gewerblicher Bauten (Vorjahreszeitraum: 172). 653 Wohnungen entstehen in Ein- und Zweifamilienhäusern (+47,7 %), 7.692 in Mehrfamilienhäusern (+21,9 %). Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden schaffen 1.847 zusätzliche Wohnungen (Vorjahr: 812).

„Die Zahlen zeigen, Brandenburg bleibt hinter den Erwartungen zurück. Um die Bauaktivität zu stärken, braucht es digitale Genehmigungsprozesse, verbindliche Fristen, weniger Bürokratie und eine konsequente Umsetzung der Beschleunigungsmaßnahmen. Ebenso entscheidend ist eine praxisnahe Vergabereform. Die jüngst angehobenen Wertgrenzen sind ein richtiger Schritt, müssen aber durch transparente Verfahren, stärkere Losvergabe und digitale Vergabepattformen ergänzt werden. Nur so können regionale Unternehmen profitieren und Projekte schneller realisiert werden. Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen und einer spürbaren Vergabereform können Investitionen wieder anziehen und die Bauwirtschaft ihren Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten“, sagt Katarzyna Siwek, Geschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Ansprechperson:
Anja Engelmohr | Referatsleiterin Politik
Tel.: 030 / 86 00 04-57
E-Mail: engelmohr@fg-bau.de